

15. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Giyasettin Sayan (PDS)

vom 04. April 2005 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. April 2005) und **Antwort**

Armeniergenozid

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Inwieweit ist dem Senat bekannt, dass Mehmet Ali Talaat als Minister des Kriegskabinetts der Partei „İttihat ve Terakki Cemiyeti“ („Jungtürken“) am 5. Juli 1919 wegen der „Tragödie der Deportation der Armenier“ von einem türkisch-osmanischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt wurde?

2. Inwieweit ist dem Senat bekannt, dass der damalige deutsche Außenminister Dr. Wilhelm Solf 1918 und 1919 türkisch-osmanische Auslieferungsgesuche mit der Begründung ablehnte: „Talaat hat treu zu uns gehalten, und unser Land bleibt für ihn offen.“?

3. Inwieweit ist dem Senat bekannt, dass auf dem Türkischen Friedhof (Şehitlik Moschee) Berlins, direkt vor dem Eingang zur Moschee, der am 22. Mai 1919 von einem Kriegsgerichtshof in Trabzon (Türkei) in Abwesenheit zum Tode verurteilte ehemalige Provinzgouverneur Cemal Azmi sowie der am 5. Juli 1919 vom Kriegsgerichtshof in Istanbul ebenfalls in Abwesenheit zum Tode verurteilte Dr. med. Bahaettin Şakir in sogenannten „Ehrengräbern“ bestattet liegen?

4. Inwieweit ist dem Senat bekannt, dass gemäß der 10. Sitzung des Trabzon-Prozesses (12.04.1919) in der Amtszeit des Cemal Azmi in Trabzon unter anderem dreitausend armenische Kinder vergiftet oder im Schwarzen Meer ertränkt wurden bzw. im Rot-Kreuz-Krankenhaus von Trabzon 15 armenische Mädchen sexuell missbraucht und später ermordet wurden?

5. Inwieweit ist dem Senat bekannt, dass Bahaettin Şakir seit 1913 den Posten des Sekretärs des Zentralkomitees der „İttihat ve Terakki“ inne hatte und gemeinsam mit Talaat und Enver zum „Komitee der

Drei“ gehörte, das für die Planung und Koordination der Armeniervernichtung hauptverantwortlich war?

6. Inwieweit ist dem Senat bekannt, dass Bahaettin Şakir aktiv an der Gründung von Totschlägerbanden der „Teşkilat-i Mahsusa“ („Sonderorganisation“ Geheimdienst) teilgenommen und 1915 persönlich dafür gesorgt hat, dass die örtlichen Armeebefehlshaber und Provinzgouverneure in Westarmenien die Vernichtungsbefehle der jungtürkischen Zentrale durchführten?

Zu 1. bis 6.: Dem Senat sind die Ereignisse um den Völkermord an den Armeniern bekannt, zumal auch das Deutsche Reich in die Angelegenheit verstrickt und Berlin Schauplatz verschiedener Aktionen im Zusammenhang mit diesem Völkermord war.

Bei den erwähnten Gräbern auf dem Türkischen Friedhof handelt es sich nicht um Ehrengräber des Landes Berlin.

7. Wie bewertet der Senat vor dem Hintergrund dieser Sachverhalte die „ehrenden Gedenkveranstaltungen“ für die 1921 und 1922 in Berlin erschossenen Jungtürken und wie steht der Senat zu Forderungen der türkische Gemeinde in Berlin, für Talaat Pascha einen Gedenkstein aufzustellen?

Zu 7.: Der Senat billigt nicht das Attentat auf den früheren türkischen Innenminister Talaat Pascha. Er weist zugleich auf die Beteiligung Talaat Paschas an der Armenierverfolgung hin, für die ihn ein türkisch-osmanisches Kriegsgericht zum Tode verurteilt hatte. Eine eventuelle Gedenktafel müsste über all diese Aspekte informieren.

8. Welche Initiativen und Maßnahmen will der Se-

nat ergreifen, um dem Geschichtsrevisionismus sowohl hinsichtlich der deutschen Rolle beim Genozid an den Armeniern als auch der Rolle der damaligen Jungtürken, aber auch der Beteiligung der Bevölkerung am Genozid an den Armenien entgegenzuwirken?

Zu 8.: Der Senat unterstützt Initiativen und Maßnahmen, auch unbequeme Kapitel der Geschichte umfassend aufzuarbeiten und das Wissen darüber zu verbreiten.

Vor diesem Hintergrund hat der Beauftragte des Senats für Integration und Migration von der Armenierexpertin Dr. Tessa Hofmann eine Veröffentlichung erarbeiten lassen, in der Geschichte und Gegenwart der armenischen Diaspora in Berlin vorgestellt werden. In dieser Broschüre wird auch der Völkermord an den Armeniern thematisiert. Die Arbeit greift ebenfalls die sich mehrenden Stimmen aus der Türkei auf, die einen offenen Umgang mit diesem in der türkischen Geschichtsschreibung bislang tabuisierten Thema fordern. Der Senat hofft, dass diese Veröffentlichung zu einer sachlichen und vorurteilsfreien Information und Aufarbeitung dieser Kapitel armenisch-deutsch-türkischer Geschichte beiträgt.

Berlin, den 13. Juli 2005

In Vertretung

Dr. Hermann S c h u l t e - S a s s e

Senatsverwaltung für Gesundheit,
Soziales und Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Juli 2005)